

Antrag 4

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 156. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 14. November 2007

Gegen Senkung der AK-Umlage

Die von der ÖVP präsentierten „Perspektiven für Österreich – Perspektiven für die Menschen“ enthalten im Kapitel „Wirtschaft in einem globalisierten Umfeld“ Vorschläge, die auf eine klare Aushöhlung von Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen und Schwächung ihrer gesetzlichen wie freiwilligen Interessensvertretungen zielen.

Die im ÖVP-Perspektivenpapier geforderte Senkung der Arbeiterkammerumlage kommt einem massiven Eingriff in die Selbstverwaltung gleich und würde die wichtige Arbeit der Kammern für die Beschäftigten erheblich beeinträchtigen und ihr Gewicht im Rahmen der Sozialpartnerschaft deutlich schwächen.

Die darin ebenfalls vorgeschlagene Verlagerung der kollektivvertraglichen Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene stellt nicht nur einen Angriff auf die ureigensten Aufgaben der Gewerkschaften und KV-Partner dar, sondern würde auch zu Benachteiligungen von ArbeitnehmerInnen und Wettbewerbsverzerrungen führen. Das lehnen wir ganz entschieden ab.

Die 156. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg spricht sich entschieden gegen jegliche Schwächung der gesetzlichen und freiwilligen Interessensvertretungen der Beschäftigten aus. Sie fordert die Bundes-ÖVP auf, die Senkung der Kammer-Umlage und eine Verlagerung von kollektivvertraglichen Vereinbarungen auf die betriebliche Ebene ersatzlos aus ihrem Positionspapier zu streichen.